

Spanien – Überleben in der Krise	1
Steuerflucht und Steueroasen	5
Lohnpolitische Diktate der Troika	9
Transparenzregister: Lobbyingpraktiken auf EU-Ebene	11
Investitionsschutz: Nein zu ISDS	14
Griechenland: Kompromiss in letzter Minute?	17
Buchbesprechung	22

infobrief eu&international

ISSN 2409-028X

Editorial

Liebe Leserin!
Lieber Leser!

Die Politik des eisernen Sparens hat zu folgenschweren Verwerfungen insbesondere in den Krisenländern Südeuropas geführt. Ruth Simsa skizziert, wie sich die Lebensbedingungen in Spanien verschlechtert haben. Über die schwierigen Verhandlungen, die die griechische Regierungspartei Syriza mit der EU-Troika führen muss, informiert Lukas Oberndorfer. Michael Mesch beschäftigt sich mit der Lohnpolitik in der Krise, die zu einer Demontage der Tarifautonomie der KollektivvertragspartnerInnen geführt hat. Einen Einblick zu den Praktiken der Steueroasen, die eine steuerschonende Behandlung von Unternehmensgewinnen und Vermögen ermöglichen, gibt Gertraud Lunzer. Frank Ey schildert, wie es um die Transparenz beim Lobbying auf EU-Ebene bestellt ist. Elisabeth Beer berichtet über die letzten Entwicklungen zu Investitionsschutz und Investor-Staat-Streitbelegungsmechanismus im EU-USA-Handelsabkommen TTIP. Die Kampagne No2ISDS setzt dazu neue Aktivitäten.

Ihre Redaktion

Spanien

Überleben in der Krise mit Hilfe sozialer Netzwerke

Spanien ist von einer gravierenden ökonomischen, sozialen und politischen Krise betroffen. Zum Teil ist dies Folge der europäischen Politik. Die zunehmende Orientierung an Wirtschaftsinteressen statt an sozialen Standards, die Unterordnung des Gemeinwohls unter individuelle Interessen, die Individualisierung von Gewinnen und Kollektivierung von Risiken der Finanzmärkte führen zu wachsender Ungleichverteilung und Exklusion. *Ruth Simsa*

Folgen sind in vielen Ländern Politikverdrossenheit oder ein Zulauf der Krisenverlierer zu nationalistischen und rechtspopulistischen Strömungen. In Spanien dagegen kam es in Folge einer breiten Protestbewegung zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft, des politischen Engagements und der Solidarität. Infolge der Bewegung wurden neue Parteien gegründet, die hohe Erfolgsaussichten bei den nächsten Wahlen haben.¹

Hintergründe: die Wirtschaftskrise und ihre Folgen ■ Die Finanzkrise und durch sie verursachte Liquiditätsengpässe von Banken trafen Spanien nach einem Jahrzehnt des Baubooms, der durch lockere

Kreditvergabe und niedrige Zinsen verursacht und durch Spekulationen verstärkt worden war. Bis dahin erlebte Spanien goldene Jahre und den Aufstieg zur fünftgrößten Volkswirtschaft Europas. Spanien hatte vor der Finanzkrise eine mit 39,4% im Jahr 2008 deutlich niedrigere Staatsverschuldung als etwa Österreich (68,5%), war aber u.a. aufgrund des hypertrophen Bausektors besonders verwundbar. Mit der Finanzkrise platzte die Immobilienblase. Der Staat fing die von Kreditausfällen betroffenen Banken auf, verschuldete sich stark, Unternehmen gingen in Konkurs, die Arbeitslosigkeit stieg. Die Staatsverschuldung stieg bis 2014 auf geschätzte 98,1%² ➤

»

und die Bankenhilfe auf über 61,366 Mrd. Euro.³

Unter dem Druck der Austeritätspolitik wurden öffentliche Ausgaben im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich reduziert. Spanien wurde in seiner Entwicklung um eine Dekade zurückgeworfen.⁴ Während des Baubooms waren die Immobilienpreise um mehr als 200% gestiegen, eine Regulierung der Banken und eine Novellierung des Hypothekengesetzes blieben aus. Im Zuge der Krise konnten viele SpanierInnen ihre Wohnungskredite nicht zurückzahlen und Delogierungen stiegen an. Aufgrund des Preisverfalls von Immobilien und der spezifischen Rechtslage Spaniens

Delogierungen: Das Gesicht der Krise.

waren die Delogierte auch danach nicht schuldenfrei. Zwischen 2007 und 2014 gab es 570.000 Zwangsvollstreckungen.⁵ Pro Tag gibt es ca. 500 Delogierungen. Gleichzeitig stehen fast 20% der Wohnungen leer. Verschärft wurde die Wohnungskrise dadurch, dass es kaum sozialen Wohnraum oder rechtliche Sicherheit für MieterInnen gibt.

Die Lebensbedingungen haben sich enorm verschlechtert. So lag im März 2015 die Arbeitslosigkeit bei 26,38%⁶ und die Jugendarbeitslosigkeit war mit 53,5%⁷ die höchste in Europa, was viele von einer verlorenen Generation sprechen lässt. Seit 2012 sind über eine Million meist gut ausgebildeter Jugendlicher ins Ausland gegangen. Jene die bleiben, können sich aufgrund der prekären Arbeitsbedingungen oft keine eigene Existenz aufbauen.

37% der Arbeitslosen haben den Anspruch auf Unterstützung verloren.⁸ Es verschärfen sich regionale Disparitäten sowie die Einkommensungleichheit. 2012 lebten 22,2% der Wohnbevölkerung unter der Ar-

mutsgrenze. Mehr als ein Drittel aller Kinder ist armutsgefährdet und vom Risiko sozialer Exklusion betroffen.⁹ Circa zwei Millionen Kinder leiden an Hunger.¹⁰ Dies und die hohe Korruption führten zu einer massiven Vertrauenskrise in das politische System.

Die Protestbewegung ■ Die Demonstration gegen die Folgen der Finanzkrise in Madrid am 15. Mai 2011 gilt als Geburtsstunde der spanischen Protestbewegung, die als „Movimiento 15M“ bezeichnet wird. In wochenlangen Platzbesetzungen der „Indignados“ (der Empörten) wurde die Austeritätspolitik, der politische Einfluss der Banken und die Alternativlosigkeit der neoliberalen Politik kritisiert.¹¹ Zentral war die Wut auf eine korrupte politische und wirtschaftliche Elite, die sog. „Kaste“. Die Bewegung will sich keiner politischen Richtung oder Ideologie zuordnen, sie präsentiert sich als heterogen und inklusiv, vertritt aber Werte, die eher als „links“ gelten, wie Umverteilung, einen starken Sozialstaat oder Regulierungen des Finanzsystems.

Zunahme von Politisierung und Engagement ■ Seit 2011 stieg die Zahl der Protestaktivitäten stark an.¹² In der Zivilgesellschaft „brodelt es“, es ist eine „explosive Situation“. Viele Menschen wurden durch die Platzbesetzungen und die aus ihnen hervorgehende Bewegung politisiert, einige sind erstmals politisch aktiv, andere erstmals wieder seit dem Widerstand gegen Franco. „Es hat mich selbst und auch meine ganze Familie politisiert“, erzählt ein Mitarbeiter der Organisation „Democracia Real Ya“ (Echte Demokratie Jetzt), die Mitinitiator der ersten Proteste war. Auch die Intensität des Engagements ist z.T. sehr hoch, manche AktivistInnen sind fast täglich in Versammlungen aktiv. Wie viele Menschen tatsächlich aktiv sind, ist schwer messbar, angesichts der herrschenden Probleme sei es immer noch weitaus zu wenig,

finden viele, zudem ist die Bewegung zwar altersmäßig sehr heterogen, sie spricht aber doch eher gut Ausgebildete, oft Arbeitslose an.

Circa zwei Millionen Kinder leiden an Hunger.

Es gibt viele Formen des politisch-zivilgesellschaftlichen Engagements. Die „Mareas“ (auf Deutsch: Flut) z.B. können als eine Art themenorientierte „Bewegung in der Bewegung“ verstanden werden: die „Marea Azul“ spricht sich gegen die Privatisierung des Wassers aus, die „Marea Granate“ verbindet die wegen der Krise ausgewanderten Jugendlichen, die „Marea Amarilla“ setzt sich für mehr Budget im Kulturbereich ein und die „Marea Verde“ engagiert sich gegen Sparmaßnahmen im Bildungssystem.

Besonders hohe Legitimität genießen auch die landesweit vernetzten Organisationen gegen Zwangsräumungen, die bei Delogierungen protestieren, mit Banken verhandeln und gesetzliche Änderungen fordern. Ihnen gelang es bis zum Jahr 2014, mehr als 1150 Zwangsräumungen zu verhindern, und für die Unterbringung von 1180 Betroffenen zu sorgen.¹³ Häufig werden dafür leerstehende – meist davor zwangsgewäumte – Wohnungen gesucht, das Schloss aufgebrochen, und so den durch die Delogierung obdachlos gewordenen Personen zumindest übergangsweise eine Unterkunft verschafft. Auch ganze Häuser werden besetzt, so der Wohnraum leer steht und im Besitz von Banken ist. In der „corrala utopia“, dem bekanntesten Projekt, lebten bis zur Zwangsräumung 2014 fast zwei Jahre lang 106 Personen, darunter 40 Kinder, viele mit alleinerziehenden Müttern. Während Besetzungen lange als politischer Extremismus abgelehnt wurden, sehen viele Menschen sie nun als legitim an, da sie nicht

»

»

verstehen können, dass aus Investitionsgründen mehr Wohnungen leer stehen, als es Obdachlose gibt.

Der alternative Gesellschaftsentwurf: Soziale Zentren ■ Das sind entweder besetzte Häuser, manchmal auch ehemals besetzte Häuser, die der Bevölkerung nach jahrelangem Kampf zur Verfügung gestellt wurden. Sie gelten als Modelle eines alternativen Gesellschaftsentwurfs, die dezentrale Organisation und bedürfnisorientierte Leistungen erproben. In der „Casa Pumarejo“ in Sevilla z.B. finden Stadtteil-Versammlungen statt, es treffen sich Frauengruppen, oder eine Gruppe zur Entwicklung

„Es ist keine Krise – es ist Betrug.“

eines neuen Wirtschaftsmodells, es gibt neben Kunstworkshops auch Rechtsberatung, eine Organisation gegen Zwangsräumungen hat einen wöchentlichen Beratungstermin für von Delogierung Betroffene, es wird eine private Währung organisiert, die über 200 Mitglieder hat und zwei Mal pro Woche kochen Freiwillige für Hungernde.

Ein weiteres Beispiel sind die sich selbstironisch „Hippie-Opas und -Omas“ nennenden, sehr aktiven Protestinitiativen von PensionistInnen. Ihre Mitglieder in Madrid z.B. sind zwischen 60 bis deutlich über 80 Jahre alt. Sie organisieren sich, um Rechte und soziale Errungenschaften zu verteidigen und veranstalten wöchentliche Protestaktionen.

Es sind darüber hinaus auch sehr lose organisierte, kaum formal strukturierte Initiativen entstanden, wie z.B. „Zeitbanken“, bei denen Arbeitsleistungen getauscht werden, oder auch alternative Währungen sowie Essensausgaben. Während der Staat sogenannte MülltaucherInnen, also Menschen, die ihr Essen im Abfall suchen, mit Strafen bis zu 700

Euro belegt, werden in einer dieser Initiativen in Madrid täglich bis zu 180 hungrige Personen von Freiwilligen mit Essen versorgt. Diese tun das auf eigene Kosten und regelmäßig, da sie nicht nur Essen, sondern auch persönlichen Kontakt und Kontinuität bieten wollen. In den Jahren der Krise ist ihre Klientel nicht nur angewachsen, sondern hat sich auch sozial verändert. Zunehmend kommen auch Menschen, die davor der Mittelschicht angehörten. Manche nehmen zwei Mahlzeiten. Eine davon bringen sie den Kindern mit.

Ein zentrales Element all dieser Initiativen sind „Asambleas“. Der Begriff meint eine spezifische Form von Versammlungen, die dem Anspruch nach offen, egalitär, öffentlich, konsensbasiert und weitgehend unstrukturiert sind. Sie werden als das Instrument direkter Demokratie gesehen. „Wir wollen die Dinge auf andere Art tun“, sagen AktivistInnen, nämlich transparent und partizipativ.

Neue Wirklichkeitskonstruktionen und neuer gesellschaftlicher Zusammenhalt ■ Ebenso wichtig wie die manifeste Mobilisierung sind Folgen auf symbolischer Ebene, nämlich Deutungen und Emotionen. Als zentral wird die Änderung des Diskurses von individueller Schuld versus Systemversagen v.a. bei Wohnungsproblemen, Armut und Arbeitslosigkeit beschrieben. „Anfangs haben wir in den Versammlungen nur von unseren Erfahrungen erzählt. Einer nach dem anderen ist aufgestanden und hat seine Situation geschildert. Das war ein zentrales Erlebnis. Da haben die Leute erkannt: Es geht nicht nur mir so...“

Damit änderten sich auch die Gefühle. Während zu Beginn der Krise weithin Scham über eigene – als individuell gesehene – Probleme empfunden wurde, wandelte sich diese im Zuge der Bewegung zunehmend in geteilte Wut.¹⁴ Es wird von einem

„Krieg ohne Waffen“ gesprochen, von einer „Mafia“. Auch kritischere ökonomische Zugänge werden verstärkt diskutiert. Der Slogan „Es ist keine Krise, es ist Kapitalismus“ bringt dies auf den Punkt.

Auch ein Reframing von politischem Aktivismus wurde vorgenommen: Nachdem in Spanien lange Zeit eine Tradition des Schweigens, des sich Fernhaltens von Politik und damit von Problemen geherrscht hatte – ein Phänomen, das als „soziologischer Franquismo“ bezeichnet wurde und auch junge Menschen betroffen hatte, die die Diktatur nicht erlebt hatten – wird Politisierung nun all-

Der Mangel an Sozialwohnungen verschärft die Krise.

täglich und auch lustvoll: „Wir haben die Lust am Organisieren gefunden“. Bereits beim ersten Aufruf zu den Platzbesetzungen 2011 wurde mehrfach betont, dass es sich bei den DemonstrantInnen um „ganz normale Menschen“ handelte, dass die Bewegung keine spezifische Ideologie voraussetze, sondern nur Empörung über Ungerechtigkeiten. In ähnliche Richtung deutet die höchst erfolgreiche, aber auch stark kritisierte Rhetorik der neuen Partei Podemos, die statt von „links versus rechts“ nur mehr von „unten versus oben“ spricht.

Persönliche Netze wurden stark intensiviert, „ich weiß jetzt, wen ich um Hilfe bitten kann“ oder „ich habe sehr viele Freunde in der Bewegung gewonnen“, sind typische Aussagen. Gefragt danach, warum KrisenverliererInnen kaum rechtspopulistischen Bewegungen zulaufen, wird meist geantwortet, dass solche Ideologien ohnehin in der regierenden Volkspartei gut aufgehoben wären, man sie seit Franco ablehne und eher auf „südländische Solidarität“ setze. »

»

Neue Protestparteien ■ Aktuell entstehen neue politische Parteien, die ihren Ursprung in der sozialen Bewegung haben. Auf nationaler Ebene ist dies Podemos, die 2014, wenige Monate nach ihrer Gründung, bei den EU Parlamentswahlen 7,98% der Stimmen erzielte. Aktuelle Wahlumfragen zufolge hat die systemkritische Partei gute Chancen, bei den Parlamentswahlen 2015 zur stimmenstärksten Partei aufzusteigen. Sie setzt auf Beendigung der Bankenrettungen, eine flexiblere Umsetzung der Sparauflagen, Sicherung des öffentlichen Gesundheits- und Bildungssystems, Recht auf angemessenes Wohnen und die Abschaffung der prekären Arbeitsverhältnisse. Die ursprünglich geforderte Einführung eines Grundeinkommens wird gerade in Frage gestellt zugunsten eines höheren Mindestlohns. Podemos sieht

Die Protestpartei Podemos liegt bei Wahlumfragen an erster Stelle.

sich als Verbündete von Syriza, im griechischen Wahlkampf gab es einige gemeinsame Auftritte. Beide Parteien berufen sich auf die Forderung

des Argentiniers Laclau nach einem neuen linken Populismus. Kenner der Szene sagen, die Partei könne man nur verstehen, wenn man lateinamerikanische Geschichte kenne. Sie sprechen damit v.a. den Populismus bzw. die Volksnähe an bzw. auch die Dichotomie des „oben-unten“ statt „links-rechts“.

Gegenwärtig findet auch ein intensiver Prozess der Formierung neuer Parteien auf Regional- und Gemeindeebene statt. Obwohl den Parteien im Kontext der Bewegung kein einheitliches Programm zugrunde liegt, gibt es Gemeinsamkeiten. Es handelt sich um Basisinitiativen, die partizipative Demokratie forcieren und inhaltlich ähnliche Ziele wie die Partei Podemos vertreten. Während die nationale Parteien aber stärker kritisiert wird, wird den regionalen Parteien mehr Basisorientierung und zivilgesellschaftliche Partizipation zugeschrieben, die v.a. durch die stärkere Verankerung auf lokaler Ebene einzelner Stadtteile zurück geführt wird.

Dem Anspruch nach ist Podemos sehr basisorientiert und inklusiv. Die stärksten Richtungsdiskussionen finden gegenwärtig entlang der Frage statt, wie straff Strukturen der Partei

„Wir sind keine Waren in den Händen der Banken.“

gestaltet sein und welchen Einfluss der medial sehr bekannte Leiter Pablo Iglesias und sein kleines Team nehmen sollen und dürfen. Die Partei weckt große Hoffnungen, aber auch Kritik. Von ihrer Präsenz in der kommenden Regierung werden wesentliche Änderungsimpulse erwartet. Gleichzeitig wird der Verlust des Kontaktes zur Basis kritisiert sowie eine Abschwächung mancher Inhalte im Spannungsfeld von Radikalität und Mehrheitsfähigkeit. Podemos ist sehr professionell und straff organisiert, die Partei wird im Wesentlichen von PolitologInnen einer Universität Madriids getragen. Ein Dilemma ist auch der in allen sozialen Bewegungen beobachtbare Konflikt zwischen Institutionalisierung versus Beibehaltung des informellen Charakters. Die Erfolge von Podemos sowie die Neugründungen regionaler Parteien binden derzeit viel Energie um das Thema weiterer Institutionalisierung. Es wird viel diskutiert, ob und in welcher Form am politischen System mitgewirkt werden soll. Viele berichten vom Dilemma zwischen der gewohnten, selbstkritisch als »

1) Diese Entwicklung wird im Folgenden auf Basis von mehr als 50 Interviews mit AktivistInnen und ExpertInnen seit November 2014 skizziert.

2) <http://wko.at/statistik/eu/europa-verschuldung.pdf>; Österreich: 87,0; Deutschland: 74,5.

3) Asensi, C., *Die Rückkehr der Politik durch den Kampf für Grundbedürfnisse: Der Fall der Bewegung gegen Delogierungen in Spanien (2014)*, Kurswechsel, 1/2014, S 65.

4) Unicef, *Children of the Recession: The impact of the economic crisis on child well-being in rich countries*, Innocenti Report Card 12, Florenz: Unicef Office of Research (2014), S 4.

5) <http://afectadosporlahipoteca.com/2014/10/10/los-datos-del-cgpc-confirman-que-siguen-aumentando-los-desahucios-en-espana/>.

6) <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/17327/umfrage/arbeitslosenquote-in-spanien/> abgerufen am 17.3.2015.

7) <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/> abgerufen am 17.3.2015.

8) Asensi (2014), S 64.
9) *Pobreza infantil y exclusión social en Europa. Una cuestión de derechos*, Save the Children (Hg.) Brüssel (2014), Seite 42.

10) <http://www.bancodealimentos.es/noticias/noticias/documentos/espana/132-30000-familias-espaolascon-nios-pasan-hambre; abgerufen am 4.12.2014>

11) Castañeda, E., *The Indignados of Spain: A Precedent to Occupy Wall Street*. *Social Movement Studies* 11(3-4) (2012) Seite 309-319.

12) García, O. J. M., *Soft Repression and the Current Wave of Social Mobilisations in Spain*. *Social Movement Studies*, 13(2), 3, (2013) Seite 3-308.

13) PAH <http://afectadosporlahipoteca.com/recursos-graficos/> abgerufen am 21.12.2014.

14) Siehe Castañeda (2012).

15) Crouch C., *Post-democracy*, Cambridge (2004): Polity.

16) Simsa, R., *Protest ohne Organisation? Neue Soziale Bewegungen (2013)*, S 4.



„Phobie vor Organisation“ bezeichneten Distanz zum System und dem „window of opportunity“, der Chance auf institutionelle Mitsprache. Für die Nachhaltigkeit des Protests ist die Beteiligung auf der Bühne der Parteipolitik sicher wichtig. Gleichzeitig zeigen sich unterschiedliche Logiken zwischen Bewegungen und institutioneller Politik sehr deutlich.

Ausblick ■ Das oft attestierte postdemokratische Desinteresse an Politik¹⁵ ist in Spanien also nicht beobachtbar und auch nicht die Ablehnung politischer Institutionen an sich.¹⁶ Die gegenwärtige Entwicklung wird unterschiedlich beschrieben. Erfolge von Podemos beflügelten die Gründung lokaler und basisorientierter Initiativen. Manche AktivistInnen berichten aber auch davon, dass die neuen Parteien zu einer Verringerung des Aktivismus geführt haben. Man verlässt sich demnach, „zu sehr auf die neuen Helden“. Wie weit die Bewegung zu nachhaltigen Veränderungen führt, ist noch offen. Das transformative Potenzial der Zivilgesellschaft ist jedenfalls stark ausgeprägt: Es wird auf breiter Ebene über Alternativen zum gegenwärtigen System nachgedacht und erstmals seit Ende der Diktatur gibt es die Hoffnung auf ein beweglicheres politisches System, auf ein Ende der starren Zweiparteien-Macht. Und fast alle AktivistInnen berichten von einer deutlichen Zunahme der Vernetzung, der Solidarität und der politischen Aktivität. Sie sind sich in Bezug auf Mai 2011 einig: „Es gibt ein Davor und ein Danach“.

Ruth Simsa ■ Professorin am Institut für Soziologie der Wirtschaftsuniversität Wien
ruth.simsa@wu.ac.at

Brennpunkt Steuern

Steuerflucht und Steueroasen

Die Finanznöte der Staaten im Gefolge der allgemeinen schweren Wirtschaftskrise haben dazu beigetragen, dass Steuerhinterziehung und Steuerflucht als ernsthaftes Problem erkannt werden. Für viele Staaten stellt sich heute erneut die Frage, wie die Besteuerung transnational agierender Konzerne zu gestalten ist.

Gertraud Lunzer

Angesichts der Dimensionen der Problematik ist dies insofern zu begrüßen, als es sich nicht mehr um ein Randthema handelt, denn weltweit findet zwei Drittel des grenzüberschreitenden Handels bereits innerhalb von multinationalen Konzernen statt. Mehr als die Hälfte des Welt Handels fließt – zumindest virtuell – über Steueroasen.

Wem nützen Steueroasen? ■

Generell bieten Steueroasen unter anderem Schutz vor detaillierten Steuerprüfungen oder Sicherheit vor regulierten Finanzmärkten. Sowohl vermögenden Individuen als auch Unternehmen werden Dank Steueroasen die Chance eingeräumt, ihre Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit abzugeben und ihr die Kosten von Steuerausfällen zu übertragen, um in erster Linie den eigenen Reichtum zu kumulieren. Sie genießen in Steueroasen als SteuerausländerInnen spezielle Begünstigungen. Ein wesentliches Merkmal von Steueroasen besteht in der Bevorzugung vermögender, ausländischer Interessen gegenüber der lokalen Bevölkerung.¹

Anhand unterschiedlicher Definitionen von Steueroasen, die nach bestimmten Kriterien erfolgen, können verschiedene Praktiken von Steuerregimen ausgemacht werden, welche Finanz- oder andere wirtschaft-

liche Aktivitäten an den jeweiligen Orten spezifisch begünstigen und so Handels- und Investitionstatistiken verzerren. Der hierdurch induzierte Steuerwettbewerb schadet den einzelnen Nationalstaaten und führt überdies zu einem Wettlauf sinkender Steuersätze. Steuerbegünstigungen oder -befreiungen, angeboten als Investitionsanreize, sind problematisch, wie es die Sonderwirtschaftszonen in zahlreichen Ländern zeigen. Diese werden insbesondere in Schwellenländern eingerichtet und werden begünstigt durch das niedrige Niveau an sozialen Bestimmungen, des Arbeitsschutzes, an Umweltauflagen oder durch Verhinderung der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeitskräfte. Auf diese Weise treiben die betroffenen Länder die Spirale der Ausbeutung weiter voran und nehmen sich in letzter Konsequenz selbst die Chance, dem Druck der reicheren Länder sowie der Konzerne entgegenzuwirken.

Definitionsversuche für Steueroasen ■

Kriterien für Steueroasen beziehen sich entweder auf ein Land oder auch auf kleinere Teile eines Landes, wie zum Beispiel die „City of London“. Ihre Steuersysteme sehen gar keine oder nur sehr niedrige nominelle Steuersätze vor. Die Offenlegungspflichten gegenüber Steuerbehörden sind kaum geregelt. Es besteht daher keine ausreichenden

